Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung Herrenstraße Nr. 20. Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung

№ 326. Montag den 24. November 1851.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Paris, 22. November. Das Municipal-Gesetz ist in dritter Lesung mit einer Majorität von 212 Stimmen angenommen worden. Zur Prüfung des Verantwortlichkeits-Gesetzes ist eine Kommission ernannt, bestehend aus Michel de Bourges, Duprat, Creton, Berard, Cremieux, Berryer, Janvier, Monet, Arago, Dufaure, Combarel, Jules Lasteyrie, Dufraisse, Laboulie, Pradie. Eine bedeutungsvolle Zusammenstellung.

Paris, 22. November. 91, 70. 56, 50.

Telegraphische Depesche.

Ratibor, 23. Nov., 11 Uhr 22 Min. Vorm. In Folge des starken Schneefalls ist der wiener Zug ausgeblieben und der Zug von hier (nach Breslau resp. Berlin) um 10 Uhr Vormittags, ohne jenen abzuwarten, abgegangen.

Post-Amt.

Telegraphische Nachrichten.

Brüssel, 20. Nov. Im Senate Debatte über das Erbsteuergesetz. Es wird ein Amendement eingebracht, dahin gehend, 1 Prozent von Grundstücken, die sich in direkter Linie vererben, zu zahlen. Das Ministerium soll geneigt sein, dieses Amendement anzunehmen.

Brüssel, 21. Nov., Abends 8 Uhr. Das gestern im Senate eingebrachte Amendement, daß von Grundstücken, die sich in direkter Linie vererben, ein Prozent zu zahlen sei, ist von demselben angenommen worden.

Paris, 20. Nov. In der Legislativen Debatte über das Kommunalgesetz. Die Kommission proponirt ein zweijähriges Domizil. Der Kommissionsvorschlag wird angenommen. Der Berg enthielt sich der Abstimmung.

Paris, 20. Nov., Nachm. 5 Uhr. 3 pCt. 56, 40. 5 pCt. 91, 50. Cours vom 19.: 3 pCt. 56, 50. 5 pCt. 91, 60.

Paris, 21. Nov., Nachm. 5 Uhr. 3 pCt. 56, 35. 5 pCt. 91, 50. Cours vom 20.: 3 pCt. 56, 40. 5 pCt. 91, 50. — Politisches nichts von Bedeutung zu melden.

London, 20. Nov., Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols 98⅞, 99. Das fällige Dampfschiff aus Newyork ist eingetroffen.

Liverpool, 19. Novbr. Baumwolle: 7000 Ballen Umsatz; Preise beinahe ⅛ besser als vergangenen Freitag. (Berl. Bl.)

Rom, 17. November. Der aus Neapel zurückberufenen sardinische Gesandte Colobiano ist hier durchgereist.

Turin, 19. November. Die Bischöfe Piemonts haben dem Könige einen Protest gegen die Errichtung einer protestantischen Kirche in Turin überreicht. — Die betreffende Eisenbahngesellschaft hat die ministeriellen Bedingungen für die zwischen Vigevano und Mortara gelegene Strecke angenommen; die Arbeiten werden baldigst beginnen.

Florenz, 18. November. Hier, so wie in Pescia, Pistoja und Arezzo sind mehrere politische Verhaftungen vorgenommen worden.

Zara, 18. November. Der verstorbene Vladika von Montenegro ernennt in seinem Testamente seinen Enkel David Petrovitsch Gnegus zu seinem Nachfolger und empfiehlt ihm die Beobachtung der bisherigen Politik.

Preußen.

Berlin, 20. Novbr. [Amtliches.] Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig ist nach Braunschweig; Se. Durchlaucht und Ihre Hoheit der Fürst und die Fürstin von Windisch-Grätz sind nach Rudolstadt abgereist.

Berlin, 21. Nov. [Amtliches.] Der bisherige Oberlehrer am Gymnasium zu Hirschberg, Dr. Petermann, ist in gleicher Eigenschaft an dem evangelischen Gymnasium zu Glogau angestellt; und dem Stabshautboisten des 32sten Infanterie-Regiments, Golde, das Prädikat „Musik-Direktor" beigelegt worden.

Angekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant und Kommandeur der 9. Division, von Stoesser, von Stettin. — Sr. Excellenz der Staatsminister a. D. Uhden, von Breslau. — Abgereist: Der Generalmajor und Kommandeur der 8ten Kavallerie-Brigade, General à la suite Sr. Majestät des Königs, von Willisen II., nach Erfurt.

Berlin, 22. Nov. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem kaiserlich österreichischen Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn von Mertens, Vice-Gouverneur der Bundesfestung Mainz, den rothen Adlerorden erster Klasse; dem kaiserlich österreichischen Generalmajor und Kommandanten von Karlsburg in Siebenbürgen, Mainone v. Mainzberg, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem Regierungsrath und Provinzial-Stempel-Fiskal v. Puttkammer zu Posen und dem Steuerrath Scholtz zu Lissa, so wie dem katholischen Vikar Döring zu Bochold, Regierungsbezirk Münster, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; desgleichen dem pensionirten Kunstmeister Wilhelm Ziebler auf der Saline Königsborn bei Unna, dem evangelischen Kantor und Schullehrer Samuel Görnemann zu Camern, Regierungsbezirk Magdeburg, und dem Gensdarmen in der 5ten Gensdarmerie-Brigade, Brose, zu Kleckow, Kreis Gnesen, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und gemäß der von dem Gemeinderathe in Bielefeld getroffenen Wahl, den praktischen Arzt Dr. Tiemann sen. als Beigeordneten der Stadt Bielefeld für eine sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Abgereist: Der General-Major und Kommandeur der 13. Division, Brunsig Edler von Brun nach Münster.

[Militär-Wochenblatt.] Rocholl, Pr. Lt. u. Platzmajor in Silberberg, v. Alten-Bockum, Hauptm. und Platzmajor in Jülich, genehmigt, daß beide ihre Stellen vertauschen können. Eder, Oberst-Lieut. vom 36. Inf. Regt., zum Komdr. des 39. Inf. Regts., v. Dewitz, Hauptm. vom 2. Inf. Regt., zum Major, Frhr. Roth v. Schreckenstein, Gen.-Lieut., zum Befehlshaber des Frankfurter Bundes-Korps ernannt. v. Gotsch, Major vom Generalstabe des III. Armee-Korps, zur Dienstleistung beim Stabe des vorgedachten Bundes-Korps kommandirt. Bei der Landwehr: Jaeckel, Sec. Lt. vom 1. Bat. 10 Regts. ins 2. Bat. 14. Regts. einrangirt. Stein v. Kaminski, Gen. Major und Komdr. der 10. Ldw.Brig., mit Pension, v. Witzleben, Oberst und Komdr. des 39. Inf. Regts., mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V. und Pension, v. d. Goltz, Hauptm. vom 28. Inf. Regt. als Major mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Civilversorg. u. Pension, Pohl, Major zur Disp., zuletzt im 29. Inf. Regt., mit der Unif. dieses Regts. mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Civilvers., u. seiner bisher. Pension, v. Fiebig, Maj. zur Dispos., zuletzt im 4. Inf. Regt., mit Aussicht auf Civilversorg., u. seiner bisherigen Pension, der Abschied bewilligt. Knauff, Fleck, geh. Kriegsräthe vom Kriegs-Ministerium, zu wirklichen geh. Kriegsräthen und Räthen 2ter Klasse, Wilcke, Milit.-Intendantur-Rath vom III. Armee-Korps, zum geh. Kriegsrath und Rath 3ter Klasse im Kriegs-Ministerium ernannt. Haeusler, Proviantmeister in Kosel, mit Pension in den Ruhestand versetzt. Kling, Proviantamts-Kontroleur, von Kosel nach Posen versetzt. Henke, Proviantamts-Assistent in Königsberg, zum Proviantamts-Kontroleur in Kosel ernannt.

≃ **Berlin,** 21. Nov. [Die Schleswig-Holsteinfrage. — Die Unterhandlungen mit Rothschild. — Avancements bei der Intendantur.] Die letzten Nachrichten, welche Ihre Zeitung in der heute hier angekommenen Nummer aus Kopenhagen bringt, hatten meine Mittheilung über die bevorstehende Wendung in der dänischen Politik und namentlich über die Niederlage der Eiderpolitik zu dementiren gesucht; die gleichmäßig heute von allen Seiten bestätigten Mittheilungen beweisen bereits, daß ich Recht hatte. Die Gesammt-Staats-Politik hat innerhalb des dänischen Ministeriums entschieden gesiegt, die Inkorporation Schleswigs scheint für den Augenblick wenigstens vollständig aufgegeben zu sein. Es unterliegt keinem Zweifel — und dies möchte doch nicht zu übersehen sein, namentlich Angesichts der vielen Vorwürfe, die wohl mit Recht dem preußischen Kabinet bisher über sein Verhalten gegen Dänemark gemacht sind —, daß die nunmehr definitiv beschlossene Uebergabe des holstein'schen Truppen-Kontingents erst festgesetzt worden ist, nachdem den Kommissarien des des deutschen Bundes die bestimmte Zusicherung von Seiten Dänemarks ertheilt worden war, daß die Stände-Versammlungen der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein binnen Kurzem zusammenberufen werden würden, und daß ihnen ihre früheren Befugnisse ungeschmälert erhalten bleiben sollten. Die konstitutionelle Verbindung Schleswigs mit Dänemark wird sonach nicht eintreten, und es bleiben die Rechte der Herzogthümer wenigstens für die Zukunft gewahrt. Mag es immerhin demüthigend für die preußische und deutsche Politik sein, daß erst durch die letztenr ussischen und englischen Erklärungen diese Wendung der Dinge herbeigeführt wurde, so bleibt doch festzuhalten, daß man wenigstens hier nicht eher nachgegeben hat in Beziehung auf die Besetzung Holsteins und die Kontingensfrage, als bis Dänemark den obigen Forderungen der beiden deutschen Großmächte genügt hatte. Wir können die bisher von Kopenhagen und von Kiel aus hierüber eingegangenen Nachrichten durch zwei wichtige Punkte vervollständigen: Es ist nämlich gleichzeitig mit dem Zugeständniß der Zusammenberufung der beiden Ständeversammlungen ausdrücklich auch die Zusicherung von Dänemark ertheilt worden, daß die beiden Stände-Versammlungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten zusammentreten oder doch gemeinsame Ausschüsse ernennen sollen, und zweitens, daß von dem König-Herzog den beiden Versammlungen unmittelbar nach ihrem Zusammentritt Vorlagen darüber gemacht werden sollen, was künftig zwischen den beiden Herzogthümern und zwischen ihnen und dem Königreiche gemeinschaftlich sein wird. Wir haben dem noch hinzuzufügen, daß unverzüglich mit der Zurückziehung der Bundestruppen aus Holstein und der Abreise der Bundes-Kommissarien wird vorgeschritten werden, sobald

von Seiten Dänemarks die den obigen Zusicherungen entsprechenden Publikationen werden erfolgt sein.

Man weiß, daß die Anwesenheit der beiden Herrn v. Rothschild mit der Realisirung der Eisenbahn-Anleihe von 21 Millionen Thälern vielfach in Verbindung gebracht worden ist. Es wird uns heute versichert, daß der Entschluß der Regierung, diese Anleihe gegenwärtig flüssig zu machen, noch keineswegs feststeht, daß die Besprechungen mit Herrn von Rothschild hierüber folglich auch nur ganz eventueller Natur waren, auf den Fall hin, daß man sich zur Ausführung dieses Planes entschließen sollte. Selbst dann aber wird die Realisirung nur nach und nach erfolgen, theils um diejenigen Geldfonds, welche bereits aus anderen Ausgabe-Etats vorläufig für den Bau der Ostbahn entnommen worden sind, wieder zu erstatten, theils in dem Maße, als die Fortführung des Baues dies nothwendig machen sollte.

Fast in keinem Zweige unserer Staatsverwaltung hat sich während der letzten Jahre ein so außerordentlich günstiges Avancement herausgestellt, als bei der Militär-Intendantur, wo z. B. in letzter Zeit wiederholentlich der Fall vorgekommen ist, daß Assessoren in zwei Jahren von Zurücklegung des Assessor-Examens an gerechnet, zu Räthen avancirten. Es hat sich in Folge davon augenblicklich ein außerordentlich starker Andrang aus anderen Branchen zu dieser Karriere gezeigt, wie z. B. für die eine gegenwärtig noch unbesetzte etatsmäßige Assessorstelle sich 23 Assessoren, die bisher theils zur Justiz, theils zur Regierung gehörten, gemeldet haben. Es ist nunmehr aber entschieden worden, alle diese Bewerbungen möglichst zurückzuweisen, um die etatsmäßigen Stellen für diejenigen eigen zu reserviren, welche sich von Hause aus der Militär-Intendantur-Karriere gewidmet und namentlich auch das Referendariats-Examen bei derselben gemacht haben.

Es ist heute hier als Novität aus Leipzig ein höchst merkwürdiges Buch unter dem Titel: „Die Herzogin von Ahlden, Stammmutter der königlichen Häuser Hannover und Preußen. Leipzig T. O. Weigel 1852" angekommen, auf welches wir für jetzt nur in dieser Weise die Aufmerksamkeit hinlenken wollen, indem wir darauf zurückzukommen uns vorbehalten.

Berlin, 21. November. [Ministerkonferenz.] Heute Abend fand im Ministerium des Auswärtigen eine Konferenz der Herren Minister Frhr. v. Manteuffel, Staatsminister v. d. Heydt, v. Bodelschwingh und der resp. Räthe statt, welche dem Vernehmen nach Vorschläge zum Gegenstande hatten, die von der französischen Regierung in Betreff einiger, den Verkehr betreffenden Maßnahmen gemacht worden sind. (Pr. Z.)

Berlin, 22. Novbr. [Hof- und Personal-Nachrichten.] Der H. C. bringt folgende nicht uninteressante Nachricht: „Die von Frankfurt aus hierher gekommene Nachricht, daß Hr. v. Kleist-Retzow Oberpräsident von Pommern, dagegen der Staatminister v. Bodelschwingh wieder Oberpräsident der Rheinprovinz werden solle, hat insofern überrascht, als man hier darüber nichts vernommen hatte."

N. Pr. Z. Se. königliche Hoheit der Prinz von Preußen werden morgen Allerhöchstsich nach der Rheinprovinz zurückbegeben. Heute empfingen Se. königliche Hoheit den Minister-Präsidenten Freiherrn von Manteuffel, in einer längeren Audienz.

Gestern Abend fand im Ministerium des Auswärtigen eine Konferenz der Herren Minister-Präsident Frhr. v. Manteuffel, Staatsminister v. d. Heydt, v. Bodelschwingh und der resp. Räthe statt, welche dem Vernehmen nach Vorschläge zum Gegenstande hatten, die von der französischen Regierung in Betreff einiger den buchhändlerischen Verkehr betreffenden Maßnahmen gemacht worden sind.

Der General Graf Nostiz hat Sr. Majestät dem König Georg V. bereits seine Kreditive als außerordentl. Gesandter am hannoverschen Hofe überreicht.

Das diplomatische Korps am hiesigen königlichen Hofe besteht gegenwärtig aus folgenden Herren. Rußland: Baron Budberg; Oesterreich: Graf Prokesch v. Osten; Großbritannien: John Arthur Douglas, Lord Bloomfield; Frankreich: Herr Armand Lefèbvre; Baden: Kammerherr v. Meysenbug; Baiern: Freiherr v. Malzen; Belgien: Staatsminister Nothomb; Braunschweig: geh. Leg.-Rath Liebe; Dänemark: Kammerherr v. Bjelcke; Hannover: Graf zu Inn- und Knyphausen; Hessen-Darmstadt: Graf v. Schlitz, gen. v. Görtz; Hessen-Kassel: Kammerherr v. Dörnberg; Mecklenburg-Schwerin: Kammerherr v. Schack; Nassau: geh. Leg.-Rath Liebe; Niederlande: Baron Schimmelpennink v. d. Oye; Türkei: Fürst Caradja; Portugal: Chevalier de Macieira; Sachsen: Freiherr v. Könneritz; Sardinien: Marquis de Ricci; Schweden: Kammerherr v. Hochschild; Sicilien: Graf Grifeo de Partanna; Spanien: Marquis v. Benalua.

[Die beabsichtigte neue Organisation der Armee.] In der „Köln. Ztg." ist in der neueren Zeit zu wiederholten Malen in verschiedenen Artikeln die beabsichtigte neue Organisation der Armee besprochen worden, was mich veranlaßt, Ihnen den ministeriellen Vorschlag darüber, wie derselbe hier in hohen Militärkreisen zirkulirt, mitzutheilen.

Aus zuverlässiger Quelle weiß ich, daß die beabsichtigte Reorganisation sich hauptsächlich und vorzüglich mit der Verbesserung der Gehalte der älteren Subaltern-Offiziere und mit der Besetzung der Landwehr-Kompagnie-Führerstellen durch Linien-Offiziere beschäftigt, wobei der Ausgabe-Etat nur um ein Geringes erhöht werden soll.

Nach der jetzigen Organisation besteht das Offizier-Corps eines Infanterie-Regiments aus:

1) einem Obersten, mit einem Gehalte von	2400 Thlr.	2400 Thlr.
2) vier Majors, mit einem Gehalte von	1800 „	7200 „
3) zwölf Hauptleuten, wovon		
die sechs ältesten mit einem Gehalte von . . .	1200 „	7200 „
die sechs jüngeren mit einem Gehalte von . . .	600 „	3600 „
4) zwölf Premier-Lieutenants mit einem Gehalte von . .	300 „	3600 „
5) vierzig Sekonde-Lieutenants mit einem Gehalte von . .	240 „	9600 „
Summa . .		33600 Thlr.

Nach dem erwähnten ministeriellen Vorschlage, der sich auch der hohen Fürsprache Sr. k. Hoheit des Prinzen von Preußen erfreut, soll aber das Offizier-Corps eines Infanterie-Regiments bestehen aus:

1) einem Obersten und Regiments-Kommandeur mit einem Gehalte von	2400 Thlr.	2400 Thlr.
2) drei Bataillons-Kommandeuren mit einem Gehalte von	1800 „	5400 „
3) dem Richtungs-Major mit einem Gehalte von	1500 „	1500 „
4) zwölf Hauptleuten, wovon		
die vier ältesten mit einem Gehalte von . . .	1000 „	4000 „
die vier nächst älteren	800 „	3200 „
die jüngsten	600 „	2400 „
5) zwölf Stabs-Hauptleuten mit einem Gehalte von . .	500 „	6000 „
6) zwölf Premier-Lieutenants mit einem Gehalte von . .	360 „	4320 „
7) einunddreißig Sekonde-Lieutenants, wovon		
die zwölf ältesten mit einem Gehalte von . . .	300 „	3600 „
die zwölf nächstältesten mit einem Gehalte von .	240 „	2880 „
die sieben jüngsten mit einem Gehalte von . . .	200 „	1400 „
Summa . .		37100 Thlr.

Mithin würde nach dem neuen Vorschlage bei jedem Infanterie-Regimente die Summe von 3500 Thlr. mehr auf den Ausgabe-Etat kommen, die jedoch dadurch schon größtentheils wieder gedeckt ist, daß die erwähnten Stabs-Hauptleute als Landwehr-Kompagnieführer fungiren sollen, wodurch bei jedem Landwehr-Regimente das Gehalt der zwölf Landwehr-Hauptleute mit jährlich 2880 Thlr. erspart wird. Die Mehrausgabe würde fast Null sein, wenn man nicht für nöthig gehalten hätte, die drei von jedem Infanterie-Regimente zum Landwehr-Regimente kommandirten Adjutanten als Lieutenants mehr auf den Etat zu setzen, damit bei einer etwaigen Mobilmachung diese drei kommandirten Offiziere nicht dem Linien-Regimente an dem nöthigen Etat fehlten.

Bei dem neuen Plane scheint der Grundsatz festgehalten worden zu sein, daß der längeren Dienstzeit und dem reiferen Lebensalter nicht nur ein höheres Gehalt, sondern auch eine angemessenere Stellung gegeben werden solle. Für die Besetzung der Landwehr-Kompagnieführerstellen durch Stabs-Hauptleute wird einerseits die Billigkeit angeführt, daß einem Offiziere, der sich der Militär-Karriere ganz und gar widmet, das mit der Stellung eines Landwehr-Hauptmanns verbundene Gehalt eher zu wünschen sei, als einem Landwehr-Offizier, der schon in der Regel durch seine Civilstellung ein hinlängliches Auskommen besitzt, und andererseits, daß ein im permanenten Dienste gealterter Offizier eher im Stande sein werde, eine Landwehr-Kampagnie zu führen und Disziplin und Zucht in derselben zu halten, als ein Landwehr-Offizier, der, nach einjähriger Dienstzeit zum Lieutenant ernannt, sich derselben nur alljährlich gezwungen vierzehn Tage lang ernstlich gewidmet hat. (K. Z.)

[Parlamentarisches.] Es ist noch keinesweges als sicher anzusehen, daß die Strafprozeß-Ordnung den Kammern in nächster Session nicht werde vorgelegt werden. So viel wir wissen, ist im Gegentheil die vom Justizminister in der letzten Session ausgesprochene Absicht, die alte Kriminalordnung von 1805, die rheinische Strafprozeßordnung und die neueren Strafprozeßgesetze, namentlich das vom 3. Januar 1849 durch eine neue Kriminal-Ordnung zu ersetzen, noch vorhanden. Es ist nur die Frage über die Bildung der Schwurgerichte, welche Anstände herbeigeführt zu haben schein, und bei deren Erledigung, insofern es sich dabei um gleichmäßig für die ganze Monarchie zu erlassende Bestimmungen handelt, sich bedeutende Schwierigkeiten herausgestellt haben sollen. Sollten diese, wie sich wohl erwarten läßt, zu heben sein, so wird den Kammern der mehrfach bereits revidirte Entwurf auf alle Fälle vorgelegt werden.

Von den Kammermitgliedern sind bereits viele hier anwesend und es finden öfters Besprechungen derselben statt. Außer Hrn. v. Bethmann-Hollweg, ist auch Oberburggraf v. Brünneck hier eingetroffen, und werden noch andere Mitglieder der Oppositionspartei in den nächsten Tagen erwartet, da die Partei beabsichtigt, noch vor Eröffnung der Kammern ein entschiedenes Programm aufzustellen.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß Seitens mehrerer Abgeordneten die Wiederaufnahme der Bankfrage für die nächste Session beabsichtigt wird. Es sind in dieser Beziehung in mehreren Provinzen Petitionen im Umlauf, welche auf eine möglichst große Erweiterung des Verkehrs der königl. Bank, namentlich aber auf die Erleichterung der Errichtung von Privatbanken zielen. Wir glauben, daß man auch Seitens der Regierung diesen Wünschen entgegenkommen wird. — In Schlesien sind einige Abgeordnete für Petitionen thätig, welche die Errichtung von Provinzial- und Kreisbanken durch den Staat zum Zweck haben. Durch die Gemeinde-, Kreis- oder resp. Provinzial-Vertretung einen gleichen Zweck verfolgen zu lassen, wird von anderer Seite empfohlen werden.

Das Ministerium wird sofort nach Zusammentritt der Kammern denselben das Budget zur Berathung vorlegen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß dieser Gegenstand sobald oder noch vor dem Beginn des neuen Etatsjahres erledigt werden wird. Dadurch würde derselbe Fall eintreten, wie im vorigen Jahre, daß nämlich die Regierung auf Rechnung des neuen Etats Gelder verwendet, welche von den Kammern noch nicht genehmigt sind.

Der schon in der vorigen Kammersession auf dem Petitionswege zur Sprache gebrachte Antrag der Provinz Preußen zwei Oberpräsidenten zu geben, von denen der eine wie bisher in Königsberg, der andere in Danzig residiren solle, wird auch in dieser Session und zwar in veränderter Gestalt vor die Kammern kommen. — Es bereiten sich Petitionen vor, welche eine Theilung der Provinz Preußen in Ost- und Westpreußen anstreben. Dem letztgenaenten Distrikt wünschen die Petenten den Regierungs-Bezirk Bromberg zugeschlagen. (C. B.)

Die N. Pr. Z. bestätigt heute die bereits von anderer Seite gebrachte Nachricht, daß die Entwürfe über die Kreis- und Provinzial-Ordnung erst einer spätern Legislative vorgelegt werden sollen, fügt aber etwas mysteriös hinzu, es sei nicht, wie mitgetheilt worden war, deshalb beschlossen worden, weil man erst Erfahrungen über die Einführung der modifizirten Gemeindeordnung zu machen wünsche. Diese und ähnliche mit so vielem Eifer verbreiteten Andeutungen sind wohl zugleich darauf berechnet, die von Stimmen aus der Centrumspartei gebrachte Nachricht zu dementiren, daß die Regierung den Kammern erklären werde, sie erkenne die alten Provinzialstände als nicht zu Recht bestehend an.

Nach der V. Z. ist zu erwarten, daß die Regierung in Bezug auf das noch zu erlassende Gesetz über Umwandlung der Fideikommisse und Lehen in freies Eigenthum keine von den Kammern ausgehende Anträge abwarten, sondern selbst die geeigneten Vorlagen machen werde. Eine diesen Gegenstand behandelnde Denkschrift soll schon vor längerer Zeit angefertigt sein. Dasselbe Blatt bemerkt, es sei zwar noch unbestimmt, ob das Resultat der Kammerberathungen über die Gemeinde-Ordnung den Provinzialständen nochmals werde vorgelegt werden, dagegen könne darüber kaum mehr ein Zweifel obwalten, daß die früheren Kreis- und Provinzial-Vertretungen bis zur künftigen definitiven Festsetzung der Kreis- und Provinzial-Ordnung, die bekanntlich, wie es heißt, erst in der nächsten Session erfolgen soll, interimistisch fortbestehen würden.

Berlin, 22. November. [Die deutsche Flotte. — Bundeskorps. — Vermischtes.] Die preußische Regierung hat, wie wir zur Vervollständigung unserer Notiz in Nr. 264 über die deutsche Flotte bemerken können, die Einzahlung des betreffenden Antheils auf eine unter dem 8. Juli d. J. Seitens der Bundesversammlung ausgeschriebene Umlage von 532,000 Gulden an folgende zwei Bedingungen geknüpft: 1) die Bundesversammlung wolle beschließen, daß die Nordseeflotille ferner nicht als Eigenthum des Bundes beizubehalten sei, daher von den Staaten, welche eine Nordseeflotille bilden wollen, gegen Erstattung des jetzigen reelen Taxwerthes entweder übernommen oder aufgelöst werde. 2) Dieser Beschluß möge noch vor Ablauf dieses Jahres gefaßt werden, so daß es keiner weiteren Einzahlung zur Unterhaltung der Flotte bedürfe. — Nach den großen Opfern, welche Preußen an baarem Geld und Material für die deutsche Flotte bereits gebracht hat, ist es eben so sehr eine Pflicht wie ein Recht, endlich die zustehende Gerechtsame zu wahren und auf eine schnelle Entscheidung über das Rechtsverhältniß zu bringen. (N. Pr. Z.)

Der Bundestag soll beabsichtigen, eine nachträgliche offizielle Bekanntmachung der seit dem Zeitpunkte seiner Reaktivirung gefaßten Beschlüsse zu erlassen.

Nach der N. Br. Z. soll das Bundeskorps, dessen Aufstellung in der Umgegend von Frankfurt beschlossen und zu dessen Befehlshaber nach der Ablehnung des Generals v. Bonin der General Roth v. Schreckenstein ernannt ist, nicht, wie man bisher annahm, sogleich zusammengezogen werden, sondern nur in dem Falle, daß im Westen Ereignisse eintreten, welche diese Maßregel nothwendig erscheinen lassen. Inzwischen sind alle Vorkehrungen getroffen, um diejenigen Truppenabtheilungen, welche dazu bestimmt sind, einen Bestandtheil des Korps zu bilden, in den Stand zu setzen, auf den ersten Befehl ohne Verlust eines Augenblicks aus ihren gegenwärtigen Standquartieren auszurücken und binnen 24 Stunden die ihnen angewiesenen Stellungen einzunehmen; auch befindet sich der Generalstab des Korps, wie man höre, bereits in Frankfurt.

Aeußerem Vernehmen nach sind den Regierungs-Kollegien die bestehenden Vorschrif-

ten eingeschärft worden, nach welchen die Kollegien-Mitglieder gehalten sind, des Vormittags in den Dienstlokalen anwesend zu sein.

(Sp. Z.) Wie man hört, hat der Ober-Präsident v. **Kleist-Retzow** gegen die Belegung seines ganzen Gehalts von 6000 Thlr. durch die Einkommensteuer **reklamirt**, da ein Drittheil dieser Summe kein Gehalt sei, sondern nur unvermeidliche Repräsentations-Kosten betreffe.

Berlin, 22. Nov. [Zur Handelspolitik.] Die Ztg. f. Ndd. schreibt aus Hannover, 21.: „In einer heute stattgefundenen Versammlung der hiesigen Kaufmannschaft ist einstimmig eine Adresse an das Staatsministerium gegen den Anschluß an den Zollverein genehmigt worden. Wie wir hören, soll diese Adresse die Nachtheile des Vertrages vom 7. September für unser Land gründlich und nachdrücklich darlegen."

Die Sendung des diesseitigen Geschäftsträgers in Hamburg, Herrn v. Kamptz, nach Schwerin, zu Gunsten einer Ermäßigung der **Elbzölle** ist erfolglos gewesen, und es dürfte nunmehr wohl vergeblich sein, auf eine Sinnesänderung der mecklenburgischen Regierung in dieser Frage zu hoffen. Die Freiheit des Verkehrs auf der Elbe und die dadurch bedingte Steigerung der Wohlfahrt der Anwohner dieses Stroms sind nun als gescheitert anzusehen. Der Vorschlag, Mecklenbnrg für die Einbuße, die es durch eine Elbzoll-Ermäßigung erleiden dürfte, zu entschädigen, konnte um so weniger in Betracht gezogen werden, als auch Anhalt dieselbe Einbuße erleidet, und sie im allgemeinen Interesse ohne Entschädigung auf sich genommen hat. Ob die Elb-Schifffahrts-Kommission jetzt schon auseinder gehen wird, ist noch ungewiß. (Ist bereits erfolgt.)

Ueber die gegenwärtig zwischen Preußen und Belgien schwebenden Unterhandlungen bringt die Sp. Z. folgende Mittheilung: „Von dem, zwischen Belgien und England abgeschlossenen Vertrage hat man hier Kenntniß, Belgien hat es jedoch noch nicht für geeignet gefunden, auf den Wunsch Preußens diesen Vertrag zur Einsicht vorzulegen. Auch soll eine zustimmende Erklärung zu denjenigen Bedingungen, welche man diesseits, im Hinblick auf den zwischen Belgien und Frankreich bestehenden Handelsvertrag stellen zu müssen glaubte, Seitens der belgischen Regierung noch nicht eingegangen sein."

(C.-B.) Die preußische Regierung beabsichtigt, bei Gelegenheit des im Anfang des nächsten Jahres hier stattfindenden Zollvereins-Kongresses darauf hinzuwirken, daß, gleich wie es im Jahre 1842 geschehen, allgemein und den thatsächlichen Verhältnissen der Industrie entsprechende Grundsätze und Bestimmungen über das Patentwesen und die Privilegien in Betreff neuer Erfindungen festgestellt werden und zur Geltung kommen. Bisher war es keinem Erfinder möglich, ein Patent für die gesammten Zollvereinsstaaten zu erhalten, vielmehr mußte ein solches bei jeder einzelnen Regierung nachgesucht werden, und letztere gingen bei Beurtheilung der Patentfähigkeit eines Gegenstandes von so verschiedenen Ansichten aus, daß öfters in einem Staate ein Patent versagt wurde, welches ein anderer gewährte.

Posen, 21. Novb. Se. Excellenz der interimistische kommandirende General des 5. Armeecorps, Gen.-Lt. v. **Tietzen und Hennig**, ist gestern hier eingetroffen, und hat sich heute früh das hiesige Offiziercorps vorstellen lassen. — Nachrichten aus **Nakel** zufolge sind der Hr. Ober-Präsident v. **Puttkammer** und der Gen.-Lt. v. **Wedell** im Wahlbezirke Nakel für die **erste** Kammer gewählt worden.

Posen, 20. November. Der „Goniec" meldet aus **Szrem** vom 15. Novbr., daß dort die Papiere der polnischen Brüderschaft bei dem Dr. Hofmann in Beschlag genommen worden, und bei dem Herrn Schmitkowski in Leng eine Haussuchung stattgefunden habe. (Pr. Z.)

Luckau, 20. Novbr. Aus einer Korrespondenz der N. Pr. Z. geht hervor, daß die hiesigen in diesen Tagen beendigten Gemeinderaths-Wahlen im **demokratischen** Sinne ausgefallen sind. Der Landrath, Graf zu **Solms**, hat „wegen vorgefallener Formfehler" die ganze Wahl für ungültig erklärt.

Seehausen i. d. Altm., 20. Novbr. Die aus der „Kreuz-Zeitung" in andere Blätter übergegangene Behauptung, die hiesige Stadtverordneten-Versammlung sei „wegen pflichtwidrigen Verhaltens" aufgelöst worden, hat zu einer Zusammenstellung von Thatsachen und Aktenstücken Anlaß gegeben, deren öffentliches Erscheinen bevorsteht. (M. Z.)

Stralsund, 18. Novbr. Am 14. d. M. wurde der erste preußische Kriegshafen auf der nahe gelegenen Insel Dänholm der Benutzung übergeben. Das Kanonenboot Nr. 34 fuhr ungehindert und leicht in den neuen Kriegshafen ein. Zunächst ist derselbe nur für Kriegsfahrzeuge der kleinsten Art, für Kanonenboote und deren Aviso-Dampfschiffe, bestimmt; aber nach seiner vollständigen Beendigung wird das Hafenbecken einen Flächenraum von beinahe 12 magdeburger Morgen einnehmen, von denen gegenwärtig etwa drei Viertheile beendet sind. (Str. Z.)

Halle, 20. Novbr. Die gestern beendigten Ersatzwahlen unserer **Stadtverordneten** sind fast durchgängig im liberalen Sinne ausgefallen. Auch ist diesmal der erste Fall eingetreten, daß man einen Stadtverordneten israelitischen Glaubens gewählt hat, den Rentier Bernheim. (M. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 20. Novbr. [Vom Bundestage. — Vermischtes.] Die Einsetzung der **Bundes-Centralpolizei** scheint durch partikularistische Bedenken der mittleren Staaten verzögert zu werden. — Der Bericht der betreffenden Kommission über die Interpretation des Bundesbeschlusses vom 2. April 1848, die Ausnahmegesetze betreffend, ist bereits erstattet, und dürfte in Kürze darüber Beschluß gefaßt werden. — Der Oberkommandant der Bundestruppen, General **Roth v. Schreckenstein**, ist, wenn er von der Bundesversammlung in Eid und Pflicht genommen worden, nach § 47 der Bundes-Kriegsverfassung nur der Bundesversammlung allein verantwortlich, und sie ist seine einzige Behörde, welche mit ihm durch einen aus ihr gewählten Ausschuß in Verbindung steht. Zu dem Bundes-Corps wird auch das bisher in Bonn garnisonirende 8te Ulanen-Regiment stoßen; dasselbe ist bereits auf dem Marsche nach Frankfurt. — Die **österreichischen Truppen**, die hier zum Bundesdienste verwendet werden, sollen nun künftig auch außer der Friedensgebühr die Bereitschaftszulage empfangen. Die hierher stationirten Militärbeamten erhalten die Bereitschaftszulage durch das Diätenäquivalent; die Generale, für welche eine Bereitschaftszulage bemessen ist, beziehen die bisherige mainzer Zulage. — In der gestern stattgehabten Sitzung der gesetzgebenden Versammlung stellte Dr. **Jucho** die Aufhebung der Grundrechte laut Bundesbeschluß vom 23. August in Zweifel, Dr. **Souchay** trug darauf an, den Senat zu ersuchen, über die Verfassung baldigst Vorlagen an die Versammlung gelangen zu lassen. Das **Preßgesetz**, so wie alle Vorlagen des Senates, wurden an Kommissionen verwiesen. (N. Pr. Z.)

Wie verlautet, schreibt dagegen (s. oben) die Pr. Z., wird die Einrichtung der Bundes-Central-Polizei, sowie die Aufstellung des Bundes-Armeekorps, trotz **partikularistischer Gegenbestrebungen**, binnen Kurzem ins Leben treten. — Man schreibt der „K. Ztg.": Die zwischen der Krone **Dänemark** und dem Herzoge von Augustenburg obschwebenden Streitigkeiten werden nun durch höchste Hand zu vermitteln gesucht, und der Herzog hat deshalb seine Vorbedingungen nach Berlin gelangen lassen. Eine natürliche Folge dieses Vermittelungs-Versuches ist, daß der Herzog von Augustenburg die Bundesversammlung ersucht hat, auf seine, gegen die dänische Regierung eingereichte Beschwerde sich vorerst einer Beschlußnahme enthalten zu wollen. Der Sachwalter des Herzogs, Ober-Landesgerichts-Advokat Reiche aus Schleswig, hat denn auch einstweilen unsere Stadt verlassen.

Karlsruhe, 19. November. [Die badische Gesandtschaft in Paris] hat jene Aktenstücke hieher mitgetheilt, welche im August d. J. bei einem **kommunistischen Komplot**, woran meistens deutsche Arbeiter sich betheiligt hatten, aufgefunden worden sind, eben so die mit Beschlag belegten Papiere eines gewissen Gipperich, der als Emissär des Bundes gebraucht wurde. Unsere Regierung hat diese Schriften und Korrespondenzen besonders abdrucken und an die Behörden vertheilen lassen. Es geht daraus hervor, daß jenes Komplot dahin gerichtet war, nicht allein die sociale und **demakratische Republik** zu gründen, sondern auch **nur** das Proletariat zur Herrschaft zu bringen und zugleich alle Intelligenz und Bildung von Grund aus zu vernichten. Verzweigungen dieser Verbindung in verschiedenen Städten **Frankreichs**, der **Schweiz**, **Deutschlands** und **Nordamerikas** waren, wie es scheint, vorhanden; das Central-Komitee in London führte die Leitung, die weitere Gliederung bestand darin, daß Gemeinden, Ausschüsse und Provinzial- oder Landes-Komitees gebildet waren. Wenn man übrigens bedenkt, daß nur die rohesten Kräfte an dieser Verbindung Antheil nahmen, ferner, daß nur Wahnsinn und Unsinn darin ihre Nahrung fanden, und endlich, daß ihr keine pekuniäre Mittel zu Gebote standen, so wird man ihr jene Wichtigkeit nicht beilegen können, wie es von mancher Seite geschieht. (Köln. Z.)

Hannover, 20. Novbr. [Tages-Neuigkeiten.] Die Leinstraße ist gegenwärtig da, wo der Pallast des Königs anfängt, und da, wo er endet, mit einer großen **schwarzen Barriere** geschlossen. Ueber den Barrieren erheben sich große schwarze Trauerflaggen. Der Weg für die Fußgänger ist übrigens nicht gesperrt. Die Leiche des Königs Ernst August wird wahrscheinlich am 26. d. M. im Mausoleum beigesetzt werden. Mit ihr zugleich soll der Sarg, in welchem die Königin Friederike, die Gemahlin Ernst Augusts, ruht, zu derselben Ruhestätte hingeführt werden. Die Leiche der Königin Friederike befindet sich gegenwärtig noch in der Schloßkirche. — Von dem preußischen Regiment des verstorbenen Königs sind mehrere Offiziere und Gemeine hier eingetroffen, um an den Begräbnißfeierlichkeiten Theil zu nehmen. — Die Huldigung der Truppen hat am 19ten nicht der König in Person, sondern in seinem Namen der General Halkett abgenommen. — Es hat sich eine vom Könige Ernst August unterm 9. Dezember 1842 getroffene, mit eigener Hand geschriebene, letztwillige Verfügung an König Georg V. vorgefunden, die folgende wörtliche Bestimmung enthält:

„Ich habe nichts dagegen, daß mein Leib dem Anblicke meiner getreuen Unterthanen ausgestellt werde, damit sie den letzten Blick auf mich werfen können, der ich keinen anderen Zweck oder Wunsch vor Augen gehabt habe, als zu ihrer Wohlfahrt und ihrem Glücke beizutragen, der ich niemals eigenes Interesse im Auge gehabt habe, sondern nur den Mißbräuchen und Mängeln abhelfen wollte, welche während der Zeit von fast 150 Jahren, wo der Landesherr hier nicht residirt hat, und worüber man sich deshalb nicht wundern darf, sich eingeschlichen hatten."

Das Hofmarschall-Amt erläßt demzufolge die nöthigen Anordnungen für die Ausstellung der Leiche. — Der verstorbene König ist auf seinem Todtenlager mit derselben **englischen Uniform** bekleidet, die er vor 45 Jahren bei seiner Trauung mit der Königin Friederike trug. Es heißt, daß demnächst die Leiche in Parade ausgestellt und der Zutritt Jedermann gestattet werden soll. — In der Redaktion der **Zeitung für Norddeutschland** scheint eine Aenderung vorgegangen zu sein. Die gestrige (mit einem Trauerrande umgebene) Nummer ist nicht mehr von Herrn Ehrenreich Eichholz, sondern von der Verlagshandlung unterzeichnet.

Hannover, 20. Nov. In der Audienz, welche der **Gesammt-Magistrat** der Hauptstadt gestern Mittag bei dem **Könige** und der **Königin** gehabt, hat der **König** die Anrede des Stadtdirektors Evers in ausführlicher Erwiederung beantwortet, die, wie man hört, auf die Anwesenden einen wohlthuenden Eindruck machte. — Der **König** hat sich, wie auch schon häufiger bemerkt worden ist, als **Kronprinz** nur selten über staatliche Dinge geäußert, und es ist daher begreiflich, daß das Land mit Spannung den ersten Kundgebungen seiner Ansichten und Maximen entgegensieht. Ein Zeit lang besuchte derselbe — es war bald nach der Beendigung des Verfassungs-Kampfes — die **erste Kammer** und hielt auch in dieser bei einer Gelegenheit eine Rede, in welcher er sich mit großer Lebhaftigkeit für die Politik seines Vaters aussprach. Es war dies indeß meines Wissens die erste und letzte Rede in der Kammer. Manche nehmen an, daß seine Ansichten und Neigungen mehr **torystischer** als **whiggistischer** Art seien, und mag das im Ganzen auch seine Richtigkeit haben; indeß erzählte man sich seiner Zeit doch mit großer Bestimmtheit, daß er sich außerordentlich für die **Durchführung der allgemeinen Gewerbe-Ordnung** von 1848, welche der freiern Bewegung der Gewerbe großen Vorschub leistet und manchen Zopf beseitigt hat, interessirt habe, weil dieselbe einen wahren Fortschritt enthalte. Möge dies ein gutes Wahrzeichen auch für fernere Verbesserungen und zunächst für die Durchführung der Organisations-Gesetze sein.

Auch darüber, mit welchen **Rathgebern** sich Georg V. zunächst umgeben werde, hat man bis jetzt nur noch Vermuthungen. Doch ist der Glaube ziemlich allgemein verbreitet, daß **Stüve** bei dem Könige sowohl wie bei der Königin in hoher Gunst stehe, und so denken Manche an ein Ministerium **Stüve-Bennigsen**. — Die Mitglieder dieses s. g. Märzministeriums halten übrigens fortwährend zusammen, und haben zum Theil erst neuerdings wieder eine Zusammenkunft gehalten, in welcher sie über die von ihnen einzuschlagenden Wege Berathung gepflogen und Beschlüsse gefaßt haben. Es ist sehr glaublich, wenn gesagt wird, daß sich Stüve **gegen** die Unterstützung des jetzigen Ministeriums in Durchführung der Organisationsgesetze ausgesprochen habe; denn Stüve erkennt in den Gesetzen in ihrer jetzigen abgewässerten Gestalt mit Recht sein Werk nicht mehr, und dann kann er es auch nicht leiden, wenn Andere an seinen Werken herumarbeiten. Uebrigens soll Stüve bereits hieher beschieden sein, um mit seinem Rathe zur Hand zu sein. Mit Spannung erwartet übrigens das Land die baldige Berufung der Stände.

21. **November**. In einer heute stattgefundenen Versammlung der hiesigen Kauf-

mannschaft ist einstimmig eine Adresse an das Staatsministerium gegen den Anschluß an den Zollverein genehmigt worden. Wie die „Z. f. N." hört, soll diese Adresse die Nachtheile des Vertrages vom 7. September für unser Land gründlich und nachdrücklich darlegen. — Die aus Rheine stammende, dem „W. M." entnommene Nachricht über einen zwischen Hannover und Preußen abgeschlossenen Eisenbahnvertrag wird von der „Hannov. Ztg." für irrig erklärt. Ein Vertragsabschluß habe noch nicht stattgefunden. Zugleich wird von der „H. Z." hinzugefügt, „daß, wie irriger Weise Eisenbahnlinien als Gegenstand des Vertrags genannt sind, auf die sich die, allerdings über die Ausführung des Eisenbahnvertrags zwischen Preußen und Hannover vom 3. März 1846 obschwebende Verhandlung gar nicht erstrecken kann, so auch das über die wirklich zur Frage kommenden Eisenbahnstrecken Berichtete schwerlich den vorläufigen Besprechungen über den Inhalt eines abzuschließenden Vertrags entsprechen dürfte." (Nat.-Ztg.)

Der „Z. f. Nordd." gehen Details aus der Schrift zu, welche die Regierung dem Bundestage als Rückantwort in der Verfassungs-Angelegenheit übergeben hat. Zum Schlusse derselben wird bemerkt: die Regierung unterließe, da ihr an einer baldigen Entscheidung dringend gelegen sei, für jetzt eine Untersuchung der Frage, ob in dem letzten Bundesbeschlusse ein Inhibitorium zu befinden sei oder nicht; sie gebe sich der Erwartung hin, daß die Bundesversammlung die Beschwerden als formell unzulässig verwerfen werde, da sie sich sonst genöthigt sehe, die übrigen Verwaltungs-Organisationen getrennt von der provinzialständischen Organisation ins Leben treten zu lassen, die jetzigen Provinzialstände aber, denen in ihrer jetzigen Zusammensetzung größere Befugnisse nicht eingeräumt werden könnten, in ihrer dermaligen Bedeutungslosigkeit bestehen zu lassen.

Braunschweig, 20. Nov. [Die Kommission für Kirchen- und Schulsachen] erstattete in der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung Bericht über die von der Regierung zu dem Gesetz gestellten Propositionen und empfahl dieselben zur Annahme, da eine Einigung zwischen der Commission und der Regierung erreicht worden, ohne daß erstere von ihrem Prinzipe abgegangen. Das Gesetz wurde mit 30 gegen 19 Stimmen angenommen. Zum Schluß der Sitzung spricht der Präsident einige Worte über die Lage des Landes und die Thätigkeit der Versammlung. Er sagt über die allgemeinen Angelegenheiten Deutschlands, daß die großartigen Ideen für die nationale Wiedergeburt, wenn auch im Augenblicke vereitelt, doch so tiefe Wurzeln im Volke gefaßt hätten, daß man den Glauben an deren Verwirklichung festhalten könne. Nach einigen Formalitäten las der Präsident das Rescript des Ministeriums, in welchem der Schluß des gegenwärtigen Landtages ausgesprochen wird.

Bremen, 20. Novbr. Aus den heutigen Verhandlungen der Bürgerschaft ist folgender einstimmig gefaßte Beschluß bemerkenswerth: „Zu dem Monument, das dem Vater echter bürgerlicher Freiheit, dem großen Washington, in der Stadt, die seinen Namen trägt, aus freiwilligen Beiträgen seiner Landsleute errichtet werde, im Namen der Republik Bremen einen Stein mit passender Inschrift hinüberzuschicken, die hierzu erforderlichen Gelder zu bewilligen, zur Leitung der Sache eine Deputation zu ernennen und den Senat zu ersuchen, sich mit der Bürgerschaft zu diesem Beschluß zu vereinigen, um dadurch den Bürgern der vereinigten Staaten von Nordamerika, mit denen Bremen im lebhaftesten Handelsverkehr und den freundschaftlisten Beziehungen steht, einen Beweis unserer Sympathie zu geben."

Hamburg, 20. Nov. [Mystisches.] Mit dem heutigen berliner Zuge sind ungefähr 500 Mann preußischer Truppen vom 24. Infanterie-Regiment hier eingetroffen und nach Rendsburg weiter befördert worden, wohin sie zur Ablösung bestimmt sind. — Die Uebermittelung von Privatdepeschen von und nach hier hat gestern gänzlich unterbleiben müssen und zwar in Folge der Beförderung einer Anzahl von Staatsdepeschen nach Wien, deren Veranlassung ziemlich allgemein in inneren Angelegenheiten des hier und in Holstein stationirten österreichischen Armeekorps gesucht wird. Die Angaben darüber sind indessen noch so sehr von einander verschieden und gehören zum Theil so sehr dem Bereiche der unbeglaubigten Gerüchte an, daß es nöthig sein wird, die Bestätigung oder Berichtigung derselben abzuwarten. Uebrigens bringt man mit dieser Angelegenheit die gestern in Rendsburg erfolgte Verhaftung eines seit längerer Zeit hier in Hamburg ansässigen Ungarn, des Schneiders Ruschak, und des von London gekommenen ungarischen Grafen Patacki in Verbindung. Beide Verhaftete sind bereits unter Eskorte resp. hier und in Altona angekommen. (H. B. H.)

Hamburg, 21. Nov. [Weiteres über vorstehende mystisch klingende Nachricht.] Auch heute weiß man nichts Näheres und Sicheres über die Verhaftung der beiden Ungarn, deren ich gestern erwähnt. Dagegen übertrifft eines von den zahllosen, über diese Angelegenheit hier umlaufenden Gerüchten das andere an Abenteuerlichkeit. Eine Verschwörung unter den in Rendsburg und Neumünster liegenden Soldaten des Regiments Schwarzenberg soll entdeckt, Patacky bereits erschossen sein oder demnächst erschossen werden, Russák dasselbe Schicksal bevorstehen u. s. w. — Thatsächlich ist nur Folgendes: Montag Abend kamen Patacky (früher ungarischer Stabsoffizier, bis zum vorigen Sommer eine Zeit lang hier lebend, Mitarbeiter an der Kolatschek'schen Monatsschrift, im Anfange der Woche von Paris oder London hier angelangt) und der hiesige Bürger und Schneidermeister Russák in Rendsburg an. Am Dienstag Abend wurden Beide dort verhaftet und nachdem sie die Nacht hindurch auf der Hauptwache aufs Strengste bewacht worden waren, Mittwoch Vormittag mit dem Eisenbahnzuge, Patacky gefesselt, nach Altona befördert. Ob sie Beide noch dort sitzen, oder aber Russák hierher oder endlich Patacky bereits nach Wien gebracht ist, darüber herrscht noch völliges Dunkel. Bei einer Mittwoch Nachmittag in Russáks Wohnung durch die hiesige Polizei vorgenommenen Haussuchung wurde, dem Vernehmen nach, der Frau desselben ein Koffer, angeblich Korrespondenzen ungarischer Emigrirter enthaltend, weggenommen. Als Motiv einer gestern bei dem Herrn Apotheker Ulex hierselbst stattgefundenen, aber erfolglos gebliebenen Haussuchung, wird angenommen, daß Patacki früher bei Herrn Ulex gewohnt haben soll. Von den hier stehenden Oesterreichern sind mehrere, angeblich lauter ehemalige Honveds, eingezogen. — Neben dieser Angelegenheit hält das immer mehr Konsistenz gewinnende Gerücht, daß die Oesterreicher nächstens von hier abziehen würden, das Publikum in großer Spannung. Sonderbarer Weise glaubt man in Nordschleswig an ein baldiges Ueberschreiten der Eider durch die Bundestruppen. (N. Z.)

Dänemark.

♂ **Kopenhagen**, 18. Novbr. [Minister-Programm. — Wohlfahrts-Ausschuß.] Unsere Zustände können nicht leben und nicht sterben. Von dem Reichstage wird das Ministerium vor- und von der europäischen Politik rückwärts gedrängt. Auf gleiche Weise wird auf den König eingestürmt. Beide befinden sich wahrhaft zwischen zwei Feuer gestellt. Welchem von beiden nachgegeben werden möchte, läßt sich noch immer nicht sagen. Was darüber hier und auswärts berichtet wird, basirt meistens auf Konjekturen. Am liebsten möchte man hier eine abwartende Politik befolgen — wenn es möglich wäre. Bei dem Drängen der Mächte aber haben jetzt Reichstag wie Ministerium einen Schritt gethan. Jener hat einen Wohlfahrtsausschuß ernannt, der zu einer Revolution führen kann, und dieses ist im Begriffe, hinsichtlich der schleswigschen Frage den Mächten ein Programm vorzulegen, als dessen Inhalt angegeben wird: 1) keine konstitutionelle Verbindung Schleswigs mit dem Königreiche, 2) besondere Provinzialstände für Schleswig und für Holstein, 3) die Ernennung Karl Moltkes zum Minister Schleswigs, der nur dem Könige, aber nicht dem Reichstage verantwortlich ist,. 4) des Reichstags Wirksamkeit soll sich nicht auf Schleswig erstrecken, 5) Veränderungen im Status quo dieses Herzogthums stehen nur im Befugnisse des Königs, und 6) die dänische Verfassung bleibt vorläufig unverändert.

Wir wissen nicht, ob es mit diesem Programme ernst wird, allein seinem Inhalte nach sollte man's glauben, denn was die Eider-Politik wünscht, ist darin ausgesprochen: die faktische, wenngleich nicht die formelle Inkorporation Schleswigs. Der letzte Punkt hebt wieder alle vorhergegangenen auf. Denn die Verfassung stellt ein Dänemark bis zur Eider fest. Wenn es nun dennoch die nichtkonstitutionelle Verbindung des Herzogthums mit dem Königreiche stipulirt, so kann nur hiermit ausgedrückt sein, daß Schleswig nicht das Gute, dagegen das Schlechte mit Dänemark theilen soll. **Es würde zu Dänemark gehören, ohne dessen grundgesetzliche Freiheit zu genießen.** Der König von Dänemark wäre so ein doppeltes Wesen: ein beschränktes in Bezug aufs Königreich, und ein absolutes hinsichtlich Schleswigs. Der schlaue Plan ist ganz geeignet, den deutschen Mächten Sand in die Augen zu streuen. „Fädrelandet" hat Unrecht, wenn es ausruft, wir sind auf dem Schlachtfelde stärker, als in den Noten.

Wir verzweifeln daran, daß das Kabinet wirkliche Konzessionen macht. Obiger Wohlfahrtsausschuß wird schon dafür sorgen. Aus 15 Deputirten, nämlich aus 9 des Volks- und 6 des Landthings bestehend, umfaßt er die ersten Männer des Reichs, denn er zählt zu seinen Mitgliedern 4 ehemalige Minister, die Herren Clausen, Rosenörn, Monrad und Lehmannn, die flensburger Notablen und Professoren der hiesigen Universität, Hall und Krieger, die Vertreter Kopenhagens und die Juristen David und Larsen, sowie andere hochgestellte Männer, von welchen selbst einige für konservativ gelten.

Den 20. Novbr. Der Staatsrath hielt vorgestern in Sachen des Programms eine außerordentliche Sitzung, da man sich aber nicht einigen konnte, kam man gestern Abend abermals zusammen. Zu welchem Resultate die letzte Berathung geführt, ist noch unbekannt. Das Ministerium wird unterdessen von dem Reichstage, welcher mindestens für sich klares Wasser haben will, außerordentlich gedrängt, und es scheint derselbe auf das Kabinet so lange mit einschlägigen Interpellationen einstürmen zu wollen, bis es zu irgend einem Schritte gezwungen wird. Denn auf morgen ist im Volksthinge bereits wieder eine bezügliche Anfrage im Werke, wenn das Ministerium ohne Programm erscheinen sollte. Indessen werden in der Inkorporationsangelegenheit Adressen über Adressen eingereicht und solche selbst aus Angeln aufgetrieben. Im Uebrigen werden in den Thingen mehr innere Gegenstände behandelt, wie ein Kommunalgesetz für die Färeer, die Größe der Kriegsmarine u. s. w.

Frankreich.

Paris, 18. November. [Die Abstimmung über den Quästoren-Antrag.] Das Resultat der gestrigen Kammersitzung ist ein Sieg der Exekutivgewalt über die legitimistische und orleanistische Partei, den sie aber nur durch die Linke davongetragen hat. Der „Moniteur" zeigt, daß auch gestern die Bergpartei mehr als die Hälfte der Regierungs-Majorität gebildet habe, die durch die reinen Elyséer und ungefähr 100 Stimmen des Pyramiden-Vereins vervollständigt worden ist. Das Benehmen der Linken, das so entscheidend eingewirkt, und uns für den Augenblick von einer sonst unvermeidlichen Krise btwahrt hat, wird seit gestern um so lebhafter besprochen, als man sich fragt, ob nicht durch die Gewalt der Umstände zuletzt eine intimere Allianz zwischen ihr und L. N. Bonaparte herbeigeführt werden könnte. In der Wahlgesetz-Frage war die Haltung der Linken natürlich; sie brauchte ihre Ansichten nicht um der Erfordernisse der Taktik willen zu verleugnen; indem sie für die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts votirte, votirte sie gegen die Majorität. Mit dem gestrigen Votum verhält es sich anders: die Linke hat dabei ihre Rechtsgrundsätze anscheinend einem Partei-Manöver zum Opfer gebracht; denn sie erkennt, so gut wie die Majorität, das Requisitions-Recht der Nationalversammlung an, und hat dennoch mit dem Ministerium, das dasselbe entschieden und fast verwegen leugnete, votirt. Der gestern erlangte Sieg ist aber darum nicht minder vollständig: die alte Majorität hat unterlegen, die Opposition hat dies Resultat nur um den Preis eines schweren Opfers erwirkt, das Elysee allein hat gesiegt und nichts geopfert; nur scheint es uns, daß der Sieg kein dauerhaftes Resultat haben kann, wenn der Präsident der Republik der alten Majorität Zeit läßt, die Streitkräfte der Linken für einen gemeinschaftlichen Feldzugsplan gegen ihn zu gewinnen, wozu bereits die Operationsbasis gefunden ist: das vom Staatsrath zurückgekommene Verantwortlichkeitsgesetz. — Für den Quästoren-Antrag haben gestern votirt: 1) die ganze legitimistische und Regentschaftspartei, Berryer, Fallour, Vatimesnil, Benoist d'Azy, General de St. Priest, Molé, de Montebello, Changarnier, Thiers, Piscatory, Rémusat u. s. w. an der Spitze; 2) viele Mitglieder der konstitutionellen und gemäßigt republikanischen Partei, u. a. die Generale Bedeau, Lamoricière, Leflo und Cavaignac; 3) eine Anzahl Montagnards, wie u. a. der Oberst Charras. Dagegen haben votirt: 1) die Masse der Bergpartei, die dem Losungswort Michels (de Bourges): Mit dem Elysee gegen die Majorität! folgt; 2) die Masse des Pyramidenvereins mit Daru und Montalambert an der Spitze; 3) die speziellen Anhänger des Elysee. Bemerkenswerth sind noch folgende Einzelnheiten: Odilon Barrot's Namen trifft man nirgends; General Rullière, sein Kollege als Kriegsminister im Kabinet vom 20. Dezember, hat gegen die Regierung votirt; de Broglie hat sich diesmal vom Pyramidenverein, dessen Präsident er ist, getrennt und mit der legitimistisch-orleanistischen Coalition votirt.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 326 der Breslauer Zeitung.

Montag, den 24. November 1851.

(Fortsetzung.)

[Sitzung der Nationalversammlung vom 18. November.] Auf der Tagesordnung steht heute einem neulich gefaßten Beschlusse gemäß der von den Wahlen handelnde 2. Titel des Gemeindegesetzes, das bereits in seiner Gesammtheit zum ersten Male votirt worden ist. Dieser Titel, von dem Rest des Gemeindegesetzes abgesondert, soll gleichzeitig dem politischen Wahlgesetz zur Grundlage dienen, nachdem das Wahlgesetzprojekt der Regierung verworfen worden ist. Joly widersetzt sich sofort der Verschmelzung des politischen Wahlgesetzes mit dem bloßen Gemeindewahlgesetz, da die Verfassung zur Stimmberechtigung bei den Gemeinde- und Departementalwahlen die Bedingung des festen Wohnorts anerkenne, was aber in Bezug auf die politischen Wahlen schlechterdings nicht der Fall sei. — Vatismenil, Berichterstatter für das Gemeindegesetz, entgegnet: es handle sich vorerst ausschließlich um die Gemeindewahlen; durch ein besonderes Gesetz könne dann vielleicht das für diese Beschlossene auch für die politischen Wahlen eingeführt werden; bis dahin aber bleibe die politische Frage ganz vorbehalten. Theodor Bac bekräftigt den angekündigten Entschluß der Montagne, die sich beim Gemeindegesetz gar nicht betheiligen wolle, um nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als billige sie für das politische Wahlgesetz, was sie für das Gemeindewahlgesetz votirt habe. Der Redner schließt mit der Erklärung: „So lange ihr das Prinzip des Gesetzes vom 31. Mai, den festen Wohnort, in irgend einer Weise aufrecht erhaltet, beharren wir in unserm unerschütterlichen Beschluß, es zu bekämpfen und ihm nicht zu gehorchen." Für letztere Aeußerung wird der Redner vom Vorsitzenden, General Bedeau, zur Ordnung gerufen. Nach einer weiteren, interesselosen Debatte über denselben Gegenstand, woran O. Barrot, Arago und Lamoricière theilnehmen, wird zur Diskussion des Gemeindewahlgesetzes geschritten. Gemäß dem Entschluß der Linken in Bezug auf gänzliche Nichttheilnahme daran, ziehen sofort mehrere Montagnards ihre früher eingereichten Amendements zum Gemeindewahlgesetz zurück. Nach dem Projekt des Gemeindegesetzausschusses ist die Grundlage des Gemeindewahlrechts die Aufnahme in eine neu einzuführende Gemeindematrikel. Diese soll umfassen: 1) Alle in der Gemeinde geborenen und darin seit 6 Monaten residirenden, volljährigen Franzosen; 2) Alle diejenigen, die, ohne in der Gemeinde geboren zu sein, drei Jahre lang darin residirt haben; 3) die mit lebenslänglichen Funktionen bekleideten Beamten und Würdenträger der verschiedenen Kulten; 4) die unter der Fahne befindlichen Militärs der Land- und Seearmee, die in der Gemeinde der Konskriptionspflicht genügt haben. Mehrere Majoritätsmitglieder bekämpfen die Anfertigung von Gemeindematrikeln als praktisch unausführbar. Als es darauf zur Abstimmung kommt, wird dieselbe gleichwohl votirt, weil die Linke nicht mit votirt. 322 Stimmen sind dafür, 168 dagegen, was nur 490 Stimmen im Ganzen ausmacht. — Die Sitzung wird sodann bald aufgehoben.

In den Abtheilungen der Nationalversammlung hat sich heute eine ziemlich bedeutende Majorität für Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes im Ardèche-, Cher- und Nièvre-Departement ausgesprochen. Der zur Begutachtung des betreffenden Regierungsantrags gewählte Ausschuß ist ganz in diesem Sinne ausgefallen.

Paris, 19. November. [Legislative Versammlung.] Dupin führt den Vorsitz. Die zweite Berathung über das Gesetz der Administration des Innern steht auf der Tagesordnung. Der auf die Wahlen in der Gemeinde bezügliche Abschnitt desselben lautet: „In den Immatrikulirungsregister als in der Gemeinde domizilirt werden eingeschrieben: 1. Alle majorennen in der Gemeinde geborenen Franzosen, welche sechs Monate daselbst wohnen. 2. Alle majorennen Franzosen, welche, wenn auch nicht daselbst geboren, die Gemeinde seit drei Jahren bewohnen. 3. Die Beamten und mit lebenslänglichen Würden bekleideten Mitglieder der Gemeinde. 4. Die Land- und Seesoldaten, welche dem Aufruf der Kommune Genüge geleistet." Man nimmt nach kurzer Debatte die sämmtlichen Bestimmungen dieses Artikels an. — Monet findet die Verpflichtung eines dreijährigen Domizils in der Gemeinde, falls man nicht in ihr geboren, für zu lang, und darum trägt er darauf an, daß die Frist von drei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt werde. — Vatismenil besteht als Berichterstatter auf dem Antrage der Kommission. — Larochejacquelin ergreift das Wort, um seine Ansicht dahin zu äußern, wie er für den Gemeindezweck nicht ein dreijähriges Domizil für nöthig halte. Ebensowenig könne er die dreijährige Domizildauer vom politischen Standpunkte aus für gerecht halten. Seines Dafürhaltens sei diese Bestimmung eine ungerechte; denn wohne jemand eine Zeitlang auf seinem Gut, so verliere er dadurch sein Wahlrecht der frühern Gemeinde. Auf das Wesen des Wahlrechts eingehen, meint er, daß es am besten sich im doppelten Grade bewähre, da seine gemachte Erfahrung das direkte Wahlrecht als eine Lüge herausgestellt. (Lärm links.) — Vaïsse, giebt die Erklärung ab, daß er für die Inbetrachtnahme des Vorschlages des Präsidenten gewesen, da man bei der zweiten Berathung des Antrages gerade die Aufrechthaltung des Gesetzes vom 31. Mai ja hätte beschließen können. (Gelächter.) Er erklärt sich übrigens gegen die Herabsetzung der Domizilsdauer. — Valette spricht für das Amendement von Monet, und weist auf den Widerspruch hin, daß ein junger Soldat durch die Leistung seiner Militärpflicht schon Wähler wäre, während sein Vater nicht Wähler war, wenn er nicht drei Jahre ansäßig sei. Nachdem V. Lefranc für das Amendement gesprochen, wird der Antrag für ein Jahr mit 350 gegen 281 Stimmen verworfen.

Paris, 19. Novbr. [Gesetz-Entwurf über die Verantwortlichkeit.] Vor Abgang der Post erhalte ich einen vom Staatsrathe ausgearbeiteten Gesetz-Entwurf über die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik und der Minister. Derselbe enthält 36 Artikel, deren wichtigste die beiden ersten sind, und die hier folgen:

Art. 1. Der Präsident der Republik kann in Folge von Handlungen, woran er bei Ausübung seiner Gewalt Antheil genommen, nur in folgenden Fällen in Anklagestand versetzt werden: 1) Wenn er sich eines Attentats auf oder eines Komplotts gegen die Sicherheit des Staates schuldig gemacht hat, oder wenn dieses Attentat oder Komplott einen Wechsel der Regierungsform oder die zeitweilige Außerkraftsetzung (Suspension) der Verfassung zum Grunde hatte. 2) Wenn er sich der Aufforderung (provocation), den Art. 45 der Verfassung zu verletzen, schuldig gemacht hat. 3) Wenn er sich der Verletzung der Verfassung schuldig gemacht, indem er in eigener Person die bewaffnete Macht befehligt; indem er einen Theil des Gebietes der Republik abgetreten; indem er ohne Zustimmung der National-Versammlung einen Krieg unternommen; indem er einen Minister oder irgend eine von dem National-Gerichtshofe verurtheilte Person begnadigt; indem er das Festland der Republik, ohne durch ein Gesetz dazu ermächtigt worden zu sein, verlassen hat.

Art. 2. In allen durch den vorhergehenden Artikel vorgesehenen Fällen bleibt der Präsident der Republik auch dann noch verantwortlich, wenn ein Minister die betreffenden Akte gegengezeichnet hat.

Die folgenden Artikel sind von untergeordneter Wichtigkeit; sie behandeln theils das Straf- und Gerichts-Verfahren in Fällen der Verurtheilung des Präsidenten oder der Minister, theils die Mitschuld sonstiger Staatsbeamten an dem Verbrechen des einen oder der anderen. Verhaftung der des Hochverraths beschuldigten Minister findet nur in flagranti delicto, oder durch Beschluß der National-Versammlung statt. Das Gerichtsverfahren ist dann ungefähr dasselbe, welches bei Anklage eines Volksvertreters auf Hochverrath befolgt wird.

Paris, 20. Nov. [Legislative Versammlung.] Dupin ist Vorsitzender. Die Nationalversammlung setzt heute die Berathung über das Kommunalgesetz fort. Das gestrige Votum, welches das Amendement, die Domizilfrist von drei Jahren auf ein Jahr herabzusetzen, verworfen, wird von der Kommission durch den Vorschlag ersetzt, statt drei Jahren zwei Jahre festzusetzen. — L. Faucher bekämpft aber diesen Vorschlag, als einen „das Gesetz vom 31. Mai aufhebenden", und er kündigt zugleich an, daß er gegen das Kommunalgesetz in dieser Form stimmen werde. — O. Barrot erhebt sich gegen ein System, welches den Anschein läßt, als dürfe das Land nur zwischen absoluter Abrogation oder Beibehaltung des Gesetzes vom 31. Mai wählen. — Kerdrel bemerkt, man dürfe die politische Lage nicht durch unkluge Konzessionen schwächen. Der Kommissionsantrag, welcher das Domizil auf zwei Jahre festsetzt, wurde schließlich angenommen. — Larochejacquelin schlug das Amendement vor, das Domizil jener, welche sich den Bestimmungen der §§ 102 und 103 des Civilgesetzes unterwerfen, auf 6 Monate festzusetzen. — Vatismenil bekämpft es und es wird (trotz der Anwesenheit der Montagnards, die mitgestimmt haben), verworfen. Ein Amendement von Failly wird trotz dem, daß die Linke mitstimmt, verworfen. Die Sitzung wird darauf aufgehoben.

Großbritannien.

⩦ **London,** 19. November. [Kossuth.] Gestern machten mehrere Deputationen aus den Londoner Bezirken ihre Aufwartung bei Lord Palmerston, um diesem für den Antheil zu danken, den er an der Befreiung der ungarischen Flüchtlinge aus der Türkei genommen hatte. Der Lord erklärte sich in seiner Antwortsrede sehr geschmeichelt über die Anerkennung, die ihm dafür zu Theil geworden, daß er sich im Interesse der Freiheit jener Völker, die Englands Unterstützung benöthigten, bemüht habe. Die Regierung kenne sehr wohl die Sympathien des englischen Volkes für Ungarn, aber es konnte von den Organen derselben nicht erwartet werden, mit einigen Ausdrücken der Adressen übereinzustimmen, so lange Englands Regierung mit jenen großen Mächten in freundschaftlichem Einvernehmen steht. Es sei jedenfalls befriedigend, an der Befreiung jener patriotischen Magyaren und Polen mitgewirkt zu haben, die Freiheit und Leben für die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes geopfert hatten. Sie wären selbst durch die Vermittlung der englischen Regierung ihrem Schicksale nicht entrissen worden, hätte die Regierung nicht eine Stütze an der öffentlchen Meinung in England gefunden. So lange dies der Fall, werde die Regierung gegenüber den fremden Mächten eine große moralische Kraft besitzen. In der ungarischen Sache habe Regierung und Volk, von gleichem Prinzipe beseelt, behandelt; deshalb habe es auch keiner Bajonette, Kanonen und Armeen bedurft. Ein Gleiches werde immer drr Fall sein, wo die Regierung durch's Volk unterstützt wird. Man habe es dem auswärtigen Amte namentlich zum Vorwurf gemacht, seine Beziehungen und Verhandlungen mit fremden Mächten so sehr geheim gehalten zu haben. Aber hier trete derselbe Fall wie bei Privatgeschäften ein. Das Geheimniß dürfe zumeist erst nach gänzlichem Abschluß derselben veröffentlicht werden.

Auf die Bemerkung von Mr. Shaen (Deputationsmitglied), daß, angeregt durch die letzten Ereignisse, das englische Volk künftig an der auswärtigen nicht minder wie an der inneren Politik Theil nehmen werde, erwiederte Lord Palmerston: es sei eben eine Schwierigkeit für das auswärtige Amt, daß sich das Volk so wenig um die auswärtige Politik kümmere (!!!). Die Regierung habe freilich kein Verlangen, zum Kriege gestoßen zu werden, aber andrerseits wünsche sie, die Nationalität anderer Länder aufrecht zu erhalten. Als damals von den größten Städten des Landes Adressen an ihn gekommen waren, die ihn zur Thätigkeit für Kossuths Befreiung aufforderten, da habe er sie Alle an Sir Strattford Canning geschickt, um ihm zu beweisen, daß er nicht nur von der Regierung, sondern auch vom Volke aufgefordert sei, zu Gunsten der Gefangenen zu interferiren. So, und nur so, sei es möglich gewesen, die schwierige Sache zu Ende zu führen.

(Der edle Lord bemühte sich augenscheinlich, bei dieser Gelegenheit, die Argumentationen Kossuth's getreu wieder zu geben.)

⩦ **London,** 20. Novbr. [Kossuth] kam in Southampton um ½12 Uhr per Eisenbahn an und ging an Bord des Jupiter nach Cowes. Der Empfang von Seiten der Corporationen war ungemein feierlich, der Enthusiasmus des Volkes „unbeschreiblich"; bei der Abfahrt des Jupiter feuerten die Strandbatterien eine Ehrensalve von 21 Kanonenschüssen ab.

Auch der Globe feuert seine Kanonen Kossuth zu Ehren ab. Er predigt unverholen die Zerstücklung Oesterreichs, indem er von der „militärischen Börsenmaßreglung" in Wien Anlaß nimmt, die österreichische Regierung für durchaus unfähig, anarchisch und rechtlos in den Bann zu thun. Oesterreich sei kein Damm gegen Rußland, kein Schlußstein des kontinentalen Systems, sondern ein Pulverfaß, das allen Nachbarn Gefahr droht. „In Deutschland und Ungarn, wir sagen es mit Bedauern, ist kein „juste-milieu" zwischen dem Absolutismus Schwarzenbergs und der Republik Kossuth's „ausführbar", und Lord Palmerston findet sich genöthigt, die extreme Position des Exgouverneurs und dessen republikanisches Programm gut zu heißen; er werde so weit gehen, als ihm die öffentliche Meinung Englands vorausgehen wolle. Die Freunde der Ordnung sollten deshalb nicht verzweifeln; die Völker des Continents besäßen mehr Selbstregierungs-Talent, als man ihnen zutraut, und — wie die revolutionäre Schöpfung Belgiens bewies, — würde eine ungarische Republik, ein piemontesisch-lombardischer Staat u. s. w. fester im Sturm stehen, als das mit Gewalt centralisirte Oesterreich! Ja, sagt der Globe, diese Lösung kann bald eine gebieterische werden, und es ist gut, die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten!!! —

Asien.

* **Bombay,** 17. Oktober. [Ueberlandpost.] Die Bekehrung zweier Parsen (Feueranbeter) zum Muhamedanismus hat hier einen blutigen Auflauf veranlaßt. Da die persischen Zeitungen bei dieser Gelegenheit den Propheten und Allah lächerlich zu machen suchten, rotteten sich die Moslems bei der großen Moschee in der alten Stadt zusammen und fielen die vorübergehenden Parsen an. So kam es zu einem Tumult, in welchem mehrere Menschen ihr Leben verloren, und den erst große Truppengewalt dämpfen konnte. — Nach dem Lahore Chronicle ist von einer weiteren Annexation an der Pendschabgrenze keine Rede; die Engländer hatten blos einen Stamm unter ihre Protektion genommen, welcher dem Dost Muhamed sich nicht unterwerfen will, ihm übrigens einen Tribut gezahlt oder Ehrfurcht gezollt hat. — Das Fort Crelas hat sich den kaschmirschen Truppen ergeben. — Goolab Sing ist noch immer krank. — Das Contingent des Nizam wird reduzirt; der General-Gouverneur hat die Rekrutirungen für dasselbe einstellen lassen. — Der neue Ober-Kommandant von Madras ist am 28. aus England angekommen: ein alter gichtbrüchiger Invalide, der kaum das Zimmer verlassen kann. Man wundert sich, wozu man Chelsna-Kandidaten nach Ostindien schickt; da dieses doch kein Ruheposten sein soll und kann. Aus dem Feldzug gegen Aden scheint Nichts werden zu wollen; wenigstens wird Sir John ihn nicht anführen.

Auf der sogenannten Madras University erkämpfte die Regierung unlängst einen großen moralischen Sieg über die Bigotterie der Hindu's. Einige Studenten aus der Paria-Kaste wurden auf Befehl der Regierung immatrikulirt; die Orthodoxen unter den eingeborenen Studenten spieen Feuer und Flammen, und setzten Himmel und Erde gegen

diese „Befleckung" in Bewegung. Aber die Regierung blieb fest; einige Hindu's traten freiwillig aus, andere wurden wegen Widerspenstigkeit schimpflich ausgestoßen, und diese letztere Demonstration hat gewirkt. Jetzt sitzen Brahminen und Pariahs auf einer Schul-Bank friedlich beisammen, und alle Opposition gegen diese Ketzerei ist verstummt.

Hong-Kong, 29. Septbr. Noch immer ist in der chinesischen Revolution keine Wendung eingetreten. Vielmehr ist eine neue Provinzial-Hauptstadt, Kwei-lin-fu, in die Gewalt der Insurgenten gefallen. — Im Juli, erzählt man sich, wurde ein Attentat auf das Leben des Kaisers gemacht. Einer seiner Kammerherrn verlor den Arm dabei, indem er den Hieb eines Mandarinen (?), der nach dem Haupt des himmlischen Reichs zielte, auffing. Achtzehn der hochgestelltesten Mandarinen sammt ihren Familien wurden in Folge der Verschwörung hingerichtet. Verdacht fiel auch auf einige Onkel des Kaisers, mehrere Hof-Verschnittene und auf den Minister Keying. — Unter der europäischen Garnison von Hong-Kong herrscht das Wechselfieber. Gegen 300 Mann lagen im Spital.

Aus Siam hört man sehr Erfreuliches. Der König läßt die Hauptstadt (Bankok) erweitern, das Gesetzbuch reformiren, und eine Staatsdruckerei anlegen, um siamesische und englische Bücher drucken und zur Aufklärung seiner Unterthanen unter dieselben vertheilen zu lassen.

Provinzial-Zeitung.

♁ **Breslau**, 24. November. [Der Verkehr] ist wieder theilweise hergestellt, wenigstens bis Berlin. Die letzten Züge sind von daher gestern Vormittag und Abend regelmäßig hier eingetroffen. Dagegen scheint die Kommunikation auf den sächsischen Bahnen noch gestört zu sein, da von dorther keine Briefe und Zeitungen zu uns gelangt sind. Auch aus mehreren Gegenden des deutschen Westens und Südens fehlen uns noch die Nachrichten, ebenso sind die neuesten Zeitungen aus dem Nordosten und Osten (Königsberg und Posen) verspätet eingetroffen. — Mit Wien ist der Verkehr noch nicht gänzlich hergestellt. Die letzte wiener Post traf ebenfalls verspätet ein, hat uns aber alle Nachrichten vom 20., 21. und 22. Nov. mitgebracht. — Leider droht der seit gestern Abend andauernde Schneefall mit neuen Störungen des Verkehrs; hoffentlich werden aber die von den Elementen verursachten Hindernisse diesmal leichter zu überwinden sein, da einerseits vorauszusetzen ist, daß die zweckmäßigsten Vorsichtsmaßregeln bereits getroffen sind, und andererseits bei dem gegenwärtigen Schneefall der orkanartige Sturmwind fehlt, der vom 20. zum 21. Nov. wehte.

Görlitz, 21. Nov. Das gestrige furchtbare Schneetreiben, dessen sich die ältesten Leute nicht erinnern, hat ungemein störend auf den Geschäftsbetrieb gewirkt. Alle Straßen und Wege sind total verschneit und die Eisenbahnen sind seit gestern gänzlich ins Stocken gerathen. Auf der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn sitzen in der Nähe von Kohlfurt zwei Züge mit allem Zubehör fest. Der gestrige Nachmittagszug, der um ¾4 Uhr hier ankommen sollte, war vergangene Nacht noch bei Sorau festgefahren. Auf der sächsisch-schlesischen Bahn liegen die Züge zwischen Reichenbach und Löbau und bei Dresden tief im Schnee. — Bei der am 27. Novbr. erfolgenden Eröffnung der Kammern wird Görlitz nicht vertreten sein, da unser ehemaliger Vertreter, Herr Kämmerer Richtsteig hierselbst, noch vor dem Schlusse der Kammern sein Mandat niederlegte. Eine Neuwahl ist bis jetzt noch nicht veranlaßt worden. — Herr Zeichnenlehrer Thieme ist zum Kustos unseres heiligen Grabes bestellt worden, nachdem die verw. Cubisch ihre Stellung aufgegeben hat. (L. Z.)

Bunzlau, 22. Novbr. [Stockung des Verkehrs.] In Folge des ungeheuren Schneefalls am 20. d. M. ist zwei Tage lang fast alle Kommunikation nach außerhalb unterbrochen. Es ist gestern und heute weder eine Post angekommen, noch abgegangen. Die löwenberger Post blieb gestern hinter der sogenannten Zeche im Schnee stecken, so daß Briefe und Gepäck auf einem Schlitten in die Stadt befördert werden mußten. Weder ein breslauer noch berliner Zug ist gestern bis heute Nachmittag 4 Uhr eingetroffen, da erst die angestrengtesten Arbeiten an verschiedenen Stellen der Bahn nöthig sind, um der Lokomotive den Weg durch ganze Schneeberge möglich zu machen. Der vorgestern Abend fällige breslauer Zug über Liegnitz traf erst heute Nachmittag 4 Uhr hier ein. Von Liegnitz wurde Militär requirirt, um die Weiterfahrt des steckengebliebenen Zuges möglich zu machen. (Bunzl. Bl.)

Mannigfaltiges.

Berlin, 21. Novbr. [Patent.] Dem Joseph Watremetz zu Aachen ist unter dem 15. Nov. 1851 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Vorrichtung an Dampfkesseln, um dem Explodiren derselben vermittelst hörbaren Signalisirens vorzubeugen, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Vorrichtungen zu behindern, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

— (Posen, 21. Nov.) Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich gestern Vormittag hier zugetragen. Ein hiesiger Maurermeister schickte sein Gespann in Begleitung des Kutschers, eines Lehrlings und zweier Arbeitsleute nach der Lehmgrube vor dem berliner Thor, um Lehm zu holen. Die Decke der Grube soll vom Froste mehrfach geborsten gewesen sein, so daß dieselbe beim Sandausgraben einstürzte und jene vier Personen verschüttete. Der Kutscher ist leider todt geblieben, zwei andere dagegen haben schwere Verletzungen davon getragen, einer ist nur leicht beschädigt. (Pos. Z.)

— Der „Constitutionnel" will wissen, daß das große Loos der Goldbarrenlotterie im Betrage von 400,000 Frs. von einer armen Magd gewonnen worden ist. Das zweite Loos von 200,000 Frs. wird einer Austernverkäuferin zugeschrieben. Ein Brigadier der republikanischen Garde hat 25,000 Frs. gewonnen, und ein Dolmetscher oder Lohnbedienter des Hotel Meurice 5000 Frs. Eine Straßensängerin soll ein Loos von 10,000 Frs. gewonnen haben. Desgleichen hat ein Marchand de vin aus dem Faubourg du Temple 10,000 Frs. gewonnen. Erst in vierzehn Tagen erhalten die Gewinner ihre Preise.

— Im schönen Thale von Chamouni ereignete sich vor Kurzem ein Vorfall, schauderhafter Art. Adelheid Swerte rächte sich in furchtbarer Weise an ihrem Geliebten Namens Karl, den sie für untreu hielt. Ihr Geliebter war Apotheker, und so hatte sie aus seinem Zimmer fulminirende Baumwolle heimlich entwandt, die sie in ein wollenes Halstuch nähte, das sie ihm zum Geschenk machte, um es auf der Jagd zu tragen. Er rauchte aus Pfeifen, und dies war sein Verderben. Vor einigen Tagen ging er mit dem Geschenke seiner Dejaneira auf die Rehjagd und kam nicht wieder. In den Gebirgen fand ein Schäfer seinen schrecklich verstümmelten Leichnam. Adelheid hat gestanden, was sie gethan.

— Die sehr schöne Frau eines reichen Georgiers aus der Gegend von Tiflis, der sich gegenwärtig in Paris befindet und mit ihr die Theater und sonstigen öffentlichen Orte besucht, macht besonders durch ihr himmelblaues Haar Aufsehen, das in langen Locken ihren Kopf umgiebt.

— Der Kaiser von Rußland, der schon eine bedeutende Sammlung von Gegenständen besitzt, welche Napoleon gehörten, hat dieselbe in neuester Zeit durch ein interessantes Buch vermehrt. Es ist dies ein Exemplar des „Traité de mathématique à l'usage de l'artillerie par Bezout", das dem jungen Bonaparte gehörte, als er auf der Militärschule zu Brienne studirte. Die Echtheit dieses Buches ist unzweifelhaft, da es viele von dem später so gewaltigen Manne zum Text geschriebene Anmerkungen und Notizen enthält, welche von einem tiefen Eingehen in die Wissenschaft zeugen. Das Exemplar gehörte einem alten Professor der Mathematik, der früher an der Schule zu Brienne angestellt war, im Jahre 1793 nach Rußland auswanderte und dort starb.

— Bedford Clapperton Pim, ein englischer Marine-Lieutenant, ist mit einem neuen Plane zur Aufsuchung Sir John Franklin's aufgetreten. Derselbe stützt sich auf die Annahme, daß Franklin die Wellington-Straße passirt haben und nach einer längeren Fahrt durch das offene nördliche Eismeer an die Nordküste Asiens verschlagen worden sein möge. Nach dieser Annahme würde ihn das Eis verhindert haben, durch die Behrings-Straße nach Süden zu dringen. Lieutenant Pim will der russischen Regierung sein Projekt vorlegen. Er hat die Absicht, durch Sibirien nach der Mündung des Flusses Kolyma sich zu begeben und mit nur zwei oder drei Gefährten die ganz sibirische Küste vom Ostcap an nach Westen hin bis zum Nordost-Cap zu durchstreifen. Auch der Admiralität in London hat er seinen Plan vorgelegt; diese wollte sich jedoch auf die Ausführung nicht einlassen. Lady Franklin hat Herrn Pim gebeten, sein Unternehmen mit Hülfe von Privat-Beiträgen zu verwirklichen, und hat sich erboten, 500 Pfund zur Ausrüstung der Expedition herzugeben. In der vorigen Woche ist der neue Plan in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der londoner geographischen Gesellschaft ausführlich besprochen worden. Sir Roderick Murchison, Kapitän Kellet, Kapitän Penny und andere Männer, die in dergleichen Dingen wichtige Autoritäten sind, sprachen sich sehr warm zu seinen Gunsten aus, und der russische Gesandschafts-Sekretär, Graf Wielborski, äußerte, er sei überzeugt, daß die russische Regierung dem Lieutenant Pim jede in ihren Kräften stehende Unterstützung angedeihen lassen werde.

— Im Arthale ist eine interessiante Erscheinungen aufgetaucht, die außer ihrem gewissen materiellen Vortheile noch in wissentschaftlicher Hinsicht die wahrscheinliche Aufklärung „über das Gelbwerden der Reben" zur Folge haben wird. In einem Weinberge des Weinhändlers und Gutsbesitzers Herrn Georg Kreuzberg wurden sämmtliche Stöcke des unteren Stuhls jedes Jahr gelb, und reiften die wenigen Trauben schlecht. Alle möglichen Düngungsversuche wurden mit gleichem Erfolge, das heißt resultatlos angewandt. — Da sich nun von jenem Weinberge aus durch die sonst blühende Flur nach dem heppinger Brunnen hin eine ganz sterile Ader (Heerstraße) zog, so kam man auf den Gedanken, ob nicht Mineralwasser in der Tiefe des genannten Weinberges vorhanden sei, und daher das von unten in die Höhe steigende kohlensaure Gas alle Luft aus dem Boden und mit derselben allen Sauerstoff (ohne welchen keine Wurzelfaser sich entwickeln kann) verdränge. Gestützt auf diese Annahme, fernerhin auf eine ähnliche Erscheinung, welche Liebig in seiner organischen Chemie erwähnt (Erscheinung auf der grünschwalheimer Wiese bei Salshausen), ließ Herr G. Kreuzberg zunächst in genanntem Weinberge zwei Schachte ablaufend durch einen Querschacht verbinden, sodann, nachdem sich jetzt schon das Vorhandensein des kohlensauren Gases in reichlichem Maße geoffenbart, einen Stollen treiben, behufs Auffindung einer Mineralquelle. Jetzt, wo man noch immer an Ausarbeitung des letzteren beschäftigt ist, ist das kohlensaure Gas so stark in den Schachten, daß man es kaum einige Minuten darin auszuhalten vermag und kleinere Thiere, wie Vögel und Mäuse, welche in die Nähe der Schachte gerathen, und von dem herausströmenden Gase berührt werden, augenblicklich betäubt niederfallen. Es ist ganz gegründete Hoffnung zur Auffindung einer Mineralquelle vorhanden. Ueber die Resultate der weiteren wissenschaftlichen Forschungen, in wie weit das kohlensaure Gas, resp. die dadurch bewirkte Verminderung des Sauerstoffes, das Gelbwerden der Reben bewirke, sind von der Direktion der Weinbau-Sektion des landwirthschaftlichen Vereins die nöthigen Einleitungen zu einer desfallsigen wissenschaftlichen Untersuchung getroffen worden.

[724] **Bekanntmachung.**

Von gestern Mittag bis heute Mittag ist eine Person als an der Cholera gestorben; Erkrankte oder Genesene sind nicht gemeldet worden.

Breslau, den 23. November 1851. Königliches Polizei-Präsidium.

[2629] **Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.**

Gutsbes. Mätzke aus Geppersdorf. Gutsbes. Baron v. Grüneberg aus Weßmar bei Magdeburg. Frau v. Coniar aus Warschau. Proviantamts-Kontroleur Bruscky a. Neisse. Kaufleute Werther u. Waldenburg a. Berlin. Kaufm. Heintze aus Stettin. Lieut. Graf v. Sternberg aus Potsdam.

Markt-Preise.

Breslau am 24. November 1851

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare.	
Weißer Weizen	72	68	64	56	Sgr.
Gelber dito	69	67	65	58	.
Roggen . . .	63	61	59	55	.
Gerste . . .	47	46	44	42	.
Hafer . . .	31	30	29	27	.
Spiritus .	11⅙ Rtlr. Gl.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Marktkommission.

Börsenberichte.

Berlin, 22. Nov. Die Börse war sehr fest, doch das Geschäft nicht sehr belebt und in den Coursen wenig verändert.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 108 bez. u. Br., Prior. 4½% 103¼ Gl., 5% 103 bez. Krak-Oberschl. 4% 79 bez., Prior. 4% 86 Br. Fr.-Wilh.-Nordb. 4% 32 à ⅛ bez., Prior 5% 99 bez. u. Gl. Niederschl.-Märk. 3½% 92⅜ bez., Prior. 4% 97⅞ Gl., 4½% 101 Br. Prior. 5% Serie III. 100⅝ Br., Prior. Serie IV. 5% 103 bez. u. Br. Niederschl.-Märk. Zweigb. 4% 30 Gl., 4½% — — Oberschl. Litt. A. 3½% 133½ bez. u. Gl., Litt. B. 3½% 122½ Gl. Rheinische 62 Br. 61¾ Gl. Stargard-Pos. 85¾ Br. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5% 102¼ Br. St.-Anleihe 1850 4½% 102¼ Br. St.-Schuld-Sch. 88½ Br. Seehandl.-Präm.-Sch. 121 bez. Pos. Pfdbr. 4% 103 Gl., 3½% 94⅝ Gl. Preuß. Bank-Antheil-Sch. 96¾ à 97 bez. Poln. Pfdbr. alte 4% — — neue 4% 95 Br. Poln. Part.-Obligat à 500 Fl. 4% 84 bez., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 21. Nov. Das Gerücht von erfolgten Anträgen bei der Bank zur theilweisen Einziehung und zur Limitirung der Kredite in Wechsel- und Vorschußkomptanten wirkte günstig auf Valuten, die um ½% fielen. Dagegen gingen Nordbahnaktien bis 149¾ zurück, um zur Notiz zu schließen. Fonds wenig verändert, Umsatz sehr unerheblich.

5% Metall. 92, 4½% 81⅝; Nordb. 150½; Hamburg 2 Monat 185½; London 3 Monat 12. 30.; Silber 24¾.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.